

§ 31a Rechtsfolgen – Normaufbau

§ 31

■ Tatbestand

§ 31a Abs. 1

■ Minderungsregelungen für den Personenkreis der ab 25-jährigen

§ 31a Abs. 2

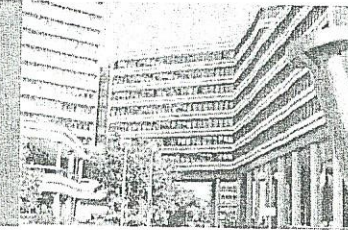
■ Minderungsregelungen für den Personenkreis der unter 25-jährigen

§ 31a Abs. 3

■ Erbringung von ergänzenden Sachleistungen und abweichende Zahlung der KdU an Vermieter/andere Empfangsberechtigte

§ 31a Abs. 4

■ Anwendungsbereich für nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte in der BG



§ 31a Rechtsfolgen – Sanktionsstufen bei ab 25-jährigen (Absatz 1)

Umfang der Minderung des Alg II

1. Stufe

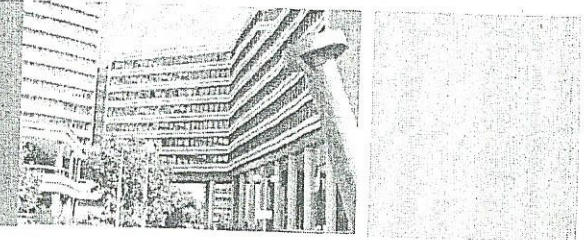
- Erste Pflichtverletzung
 - um 30 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs (§ 31a Abs. 1 S. 1)

2. Stufe

- Erste wiederholte Pflichtverletzung
 - um 60 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs (§ 31a Abs. 1 S. 2)

3. Stufe

- Jede weitere wiederholte Pflichtverletzung
 - vollständiger Wegfall (§ 31a Abs. 1 S. 3)



§ 31a Rechtsfolgen – Sanktionsstufen bei unter 25-jährigen (Absatz 2)

Umfang der Minderung des Alg II

1. Stufe

- Erste Pflichtverletzung
- Beschränkung auf KdU (§ 31a Abs. 2 S. 1)

2. Stufe

- Jede wiederholte Pflichtverletzung
- vollständiger Wegfall (§ 31a Abs. 2 S. 2)

Übersicht Sanktionen nach §§ 31 - 32 SGB II

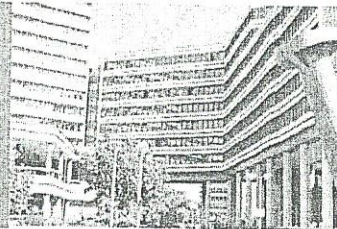
Rechts- grundlage	Sanktionssachverhalte	Hinweis: Während einer Sanktion besteht kein ergänzender Anspruch auf Sozialhilfe		
		Personen unter 25 Jahren ²		
		Erste Pflichtverletzung*	Erste wiederholte Pflichtverletzung*	Weitere wiederholte Pflichtverletzung*
	Trotz schriftlicher Rechtsfolgenbelehrung oder Kenntnis der Rechtsfolgen (nur im Ausnahmefall):			
§ 31 Abs. 1 S. 1 Nr. 1	Weigerung, Pflichten aus Eingliederungsvereinbarung/ersetzendem Verwaltungsakt zu erfüllen (insbesondere ausreichende Eigenbemühungen)	Wegfall aller Leistungen, außer KdU	100% Alg II ³	
§ 31 Abs. 1 S. 1 Nr. 2	Weigerung, zumutbare (mit FAV geförderte) Arbeit, Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit aufzunehmen, fortzuführen oder Vereitelung Anbahnung			
§ 31 Abs. 1 S. 1 Nr. 3	Zumutbare Eingliederungsmaßnahme nicht angetreten, abgebrochen oder Anlass für den Abbruch gegeben			
§ 31 Abs. 2 Nr. 1	Verminderung von Einkommen oder Vermögen als Volljähriger, in der Absicht, die Voraussetzungen für die Gewährung oder Erhöhung des Alg II/Sozialgeldes herbeizuführen	Wegfall aller Leistungen außer KdU	100% Alg II/Sozialgeld ³	
§ 31 Abs. 2 Nr. 2	Fortsetzung des unwirtschaftlichen Verhaltens trotz Belehrung über die Rechtsfolgen oder deren Kenntnis			
§ 31 Abs. 2 Nr. 3	AA hat Sperrzeit nach § 159 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 - 5 oder Erlöschen des Anspruchs nach § 161 Abs. 1 Nr. 2 SGB III festgestellt			
§ 31 Abs. 2 Nr. 4	Voraussetzungen für den Eintritt einer Sperrzeit nach § 159 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 SGB III liegen vor, aber kein Alg-Anspruch			
§ 32	Meldeversäumnis einschl. Untersuchungstermin trotz schriftlicher Rechtsfolgenbelehrung oder deren Kenntnis	Für jedes Meldeversäumnis*: 10% Regelbedarf		

* Alle %-Angaben beziehen sich auf den nach § 20 SGB II maßgebenden ungekürzten Regelbedarf. Die Leistungen mindern sich jeweils um den genannten Betrag, d. h. bereits ab der ersten Sanktion kann das gesamte Alg II/Sozialgeld von der Minderung betroffen sein. Die Dauer von Sanktionen beträgt grundsätzlich 3 Monate.
 2) Dauer der Sanktion kann auf sechs Wochen verkürzt werden.
 3) KdU bei Erklärung zum Nachkommen der Pflichten möglich.

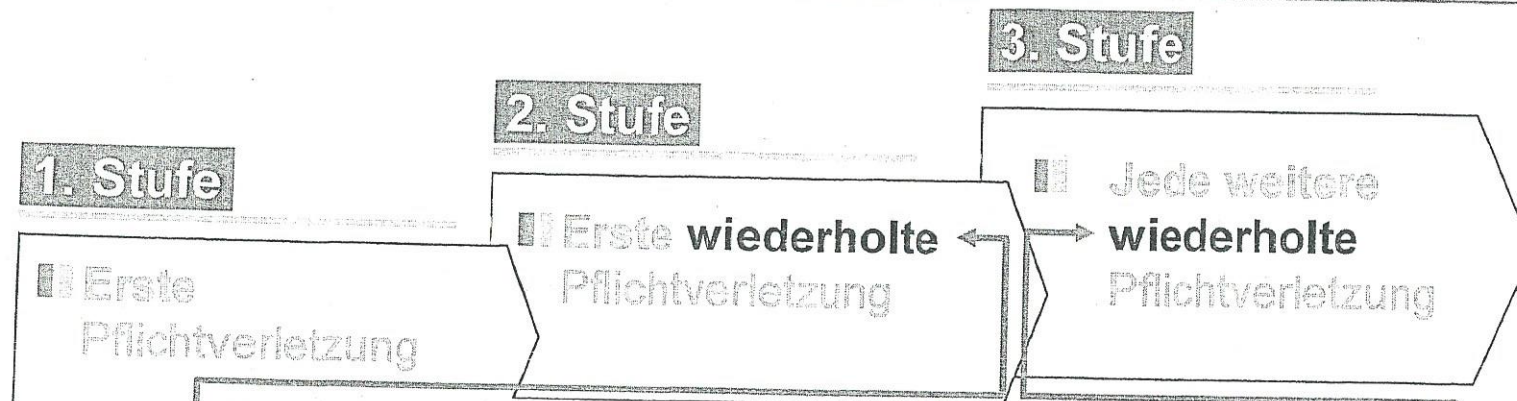
Rechts- grundlage	Sanktionssachverhalte	Hinweis: Während einer Sanktion besteht kein ergänzender Anspruch auf Sozialhilfe		
		<u>Personen ab 25 Jahren</u>		
	Trotz schriftlicher Rechtsfolgenbelehrung oder Kenntnis der Rechtsfolgen (nur im Ausnahmefall):	Erste Pflichtverletzung*	Erste wiederholte Pflichtverletzung*	Weitere wiederholte Pflichtverletzung*
§ 31 Abs. 1 S. 1 Nr. 1	Weigerung, Pflichten aus Eingliederungsvereinbarung/ersetzendem Verwaltungsakt zu erfüllen (insbesondere ausreichende Eigenbemühungen)	30% Regelbedarf	60% Regelbedarf	100% Alg II ¹
§ 31 Abs. 1 S. 1 Nr. 2	Weigerung, zumutbare (mit FAV geförderte) Arbeit, Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit aufzunehmen, fortzuführen oder Vereitelung Anbahnung			
§ 31 Abs. 1 S. 1 Nr. 3	Zumutbare Eingliederungsmaßnahme nicht angetreten, abgebrochen oder Anlass für den Abbruch gegeben			
§ 31 Abs. 2 Nr. 1	Verminderung von Einkommen oder Vermögen als Volljähriger, in der Absicht, die Voraussetzungen für die Gewährung oder Erhöhung des Alg II/Sozialgeldes herbeizuführen	30% Regelbedarf	60% Regelbedarf	100% Alg II/Sozialgeld ¹
§ 31 Abs. 2 Nr. 2	Fortsetzung des unwirtschaftlichen Verhaltens trotz Belehrung über die Rechtsfolgen oder deren Kenntnis			
§ 31 Abs. 2 Nr. 3	AA hat Sperrzeit nach § 159 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 - 5 oder Erlöschen des Anspruchs nach § 161 Abs. 1 Nr. 2 SGB III festgestellt			
§ 31 Abs. 2 Nr. 4	Voraussetzungen für den Eintritt einer Sperrzeit nach § 159 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 SGB III liegen vor, aber kein Alg-Anspruch			
§ 32	Meldeversäumnis einschl. Untersuchungstermin trotz schriftlicher Rechtsfolgenbelehrung oder deren Kenntnis	Für jedes Meldeversäumnis*: 10% Regelbedarf		

* Alle %-Angaben beziehen sich auf den nach § 20 SGB II maßgebenden ungekürzten Regelbedarf. Die Leistungen mindern sich jeweils um den genannten Betrag, d. h. bereits ab der ersten Sanktion kann das gesamte Alg II/Sozialgeld von der Minderung betroffen sein. Die Dauer von Sanktionen beträgt grundsätzlich 3 Monate.




1) Beschränkung auf 60% Regelbedarf bei Erklärung zum Nachkommen der Pflichten möglich

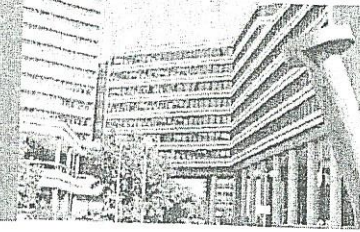


§ 31a Rechtsfolgen – Begriff der wiederholten Pflichtverletzung



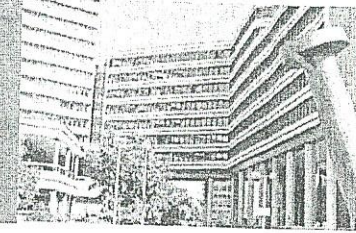
Wiederholte Pflichtverletzung:

-  wenn bereits zuvor eine Minderung festgestellt wurde (§ 31a Abs. 1 S. 4)
-  wenn der Beginn des vorangegangenen Minderungszeitraumes länger als ein Jahr zurück liegt (§ 31a Abs. 1 S. 5)
-  **liegt vor**, wenn sich nach Zugang eines vorangegangenen Sanktionsbescheides und innerhalb eines Jahres nach Beginn des vorangegangenen Minderungszeitraumes eine weitere Pflichtverletzung ereignet.



§ 31a Rechtsfolgen – abweichende Leistungserbringung (Absatz 3)

Voraussetzung	Leistungserbringung	Entscheidungsbindung
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Minderung um mehr als 30 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs ▪ Antrag (§ 31a Abs. 3 S. 1). 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ In angemessenem Umfang <ul style="list-style-type: none"> ➤ ergänzende Sachleistungen oder ➤ geldwerte Leistungen. 	<p>Ermessen („kann“)</p>
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Minderung um mehr als 30 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs und Zusammenleben mit minderjährigen Kindern (§ 31a Abs. 3 S. 2). 		<p>Entscheidungsbindung („hat“)</p>
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Minderung um mindestens 60 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs (§ 31a Abs. 3 S. 3). 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ KdU: sollen direkt an den Vermieter / andere Empfangsberechtigte gezahlt werden. 	<p>Intendiertes Ermessen („soll“), d. h. Abweichung nur in sog. atypischen Fällen (Ausnahmefälle)</p>



§ 31b Beginn und Dauer der Minderung – Normaufbau

§ 31

■ Pflichtverletzungen

§ 31a

■ Rechtsfolgen

§ 31b Abs. 1

Satz 1

■ Beginn ab dem Kalendermonat, der auf das Wirksamwerden des Sanktionsbescheides folgt.

Satz 2

■ Besonderheit: Beginn bei Sanktionen wegen Sperrzeit nach SGB III mit Beginn der Sperrzeit/dem Erlöschen.

Satz 3

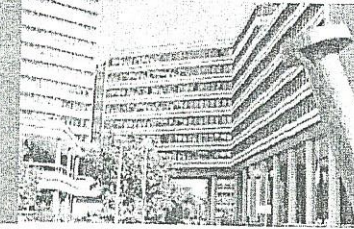
■ Der Minderungszeitraum beträgt 3 Kalendermonate.

Satz 5

■ Feststellung der Sanktion innerhalb von 6 Monaten ab der Pflichtverletzung!

§ 31b Abs. 2

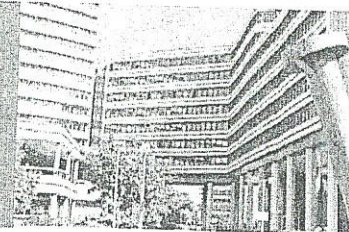
■ Kein Anspruch auf ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII.



§ 31b Minderung – Voraussetzung und Dauer

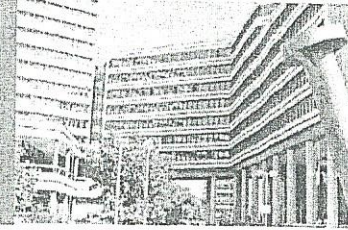
Bekanntgabe	Zugang	Ausschlussfrist	Minderungs- zeitraum
<ul style="list-style-type: none"> ■ Wirkungs- voraussetzung der Minderung ist die Bekanntgabe des VA (§ 37 Abs. 1 SGB X *). 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bekanntgabe an den Betroffenen innerhalb der Dreitages- fiktion (§ 37 Abs. 2 S. 1 SGB X). 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Feststellung der Minderung nur innerhalb der Ausschlussfrist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt der Pflichtver- letzung (§ 31 Abs. 1 S. 5). 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Beginn: mit Anfang des Monats der auf den Monat folgt, in dem durch VA die Pflichtverletzung und der Minderungsumfang festgestellt wurde (§ 31b Abs. 1 S. 1). ■ Ausnahme: Sperrzeitfälle (§ 31b Abs. 1 S. 2).
<p>Voraussetzungen</p>			<ul style="list-style-type: none"> ■ Dauer: drei Monate (§ 31b Abs. 1 S. 3).

* Zehntes Buches Sozialgesetzbuch (SGB X).



§§ 31a, 31b Milderungsmöglichkeiten

Begünstigte	Voraussetzung	Milderungsumfang	Entscheidungs- bindung
Ab 25-jährige	<ul style="list-style-type: none"> ▪ weitere wiederholte PV ▪ eLb erklärt sich nachträglich bereit, seinen Pflichten nachzukommen (§ 31a Abs. 1 S. 6). 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ab dem Zeitpunkt der Erklärung: Begrenzung der Minderung des Alg II auf 60 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs 	<p>Ermessen („kann“)</p>
Unter 25-jährige	<ul style="list-style-type: none"> ▪ wiederholte PV ▪ eLb erklärt sich nachträglich bereit, seinen Pflichten nachzukommen (§ 31a Abs. 2 S. 4) ▪ Milderungsmöglichkeit Ohne Voraussetzung (§ 31b Abs. 1 S. 4). 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ab dem Zeitpunkt der Erklärung: Erbringung der Leistungen nach § 22 (KdU) ➤ Verkürzung der Minderung auf sechs Wochen. 	<p>Ermessen („kann“)</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles



§ 32 Meldeversäumnisse – Normaufbau

§ 32 Abs. 1

- Spezialregelung für alle Leistungsberechtigten
- Nichtnachkommen einer:
 - Meldeaufforderung des JC oder
 - Aufforderung zum Erscheinen zu ärztlicher / psychologischer Untersuchung
- schriftliche Rechtsfolgenbelehrung oder Kenntnis*
- Kein wichtiger Grund nachgewiesen

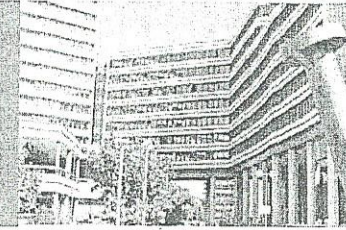
§ 32 Abs. 2

Satz 1

Satz 2

- Anwendungsbestimmungen
 - Addition zulässig
 - ergänzende Sachleistungen
 - Dauer der Minderung
- } entsprechende Anwendung
§ 31a Abs. 3 und § 31b

*Rfb sollte i. d. R. schriftlich erfolgen, da Kenntnis u. U. schwer nachweisbar



§ 32 Meldeversäumnisse – Besonderheiten bei der Minderung

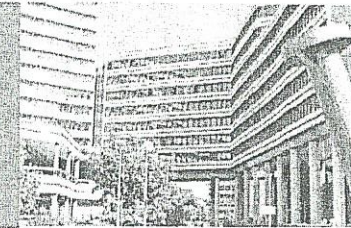
Umfang der Minderung des Alg II / Sozialgeld

Feste Sanktionsgröße

- jedes Meldeversäumnis
 - um 10 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs (§ 32 Abs. 1 S. 1)

Kollisionsfall

- Addition zulässig
 - bei Überlappung mit Sanktion nach § 31a: Addition der Minderungsbeträge (§ 32 Abs. 2 S. 1)



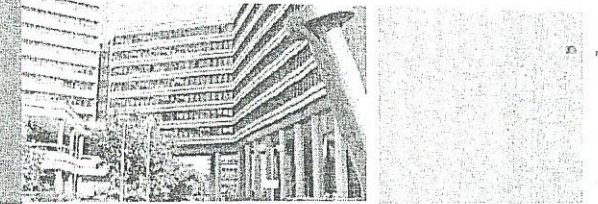
Tatbestandfeststellung und Rechtsfolgenausübung

Tatbestand

- **Erteilen der Rechtsfolgenbelehrung:** konkret, individuell, richtig, vollständig und verständlich
- **Feststellung des Tatbestandes anhand von Tatsachen** (zumindest überwiegende Wahrscheinlichkeit).
- **Feststellung, ob ein wichtiger Grund nachgewiesen ist** Bei Anhaltspunkten darf die Behörde nicht untätig bleiben, muss aber nicht ins Blaue hinein ermitteln.
- **Feststellung der Sanktion:** bei Vorliegen der Voraussetzungen; **kein Ermessen;** keine wesentliche Änderung der Verhältnisse, sondern Minderung des Auszahlungsanspruches

Rechtsfolge

- **Ausübung des Ermessens bei Ermessensentscheidungen.** Im Fall der Entscheidung zum Nachteil des Betroffenen muss dies im Sanktionsbescheid dargelegt werden.
- **Ermessensreduzierung bei „Soll“-Vorschriften.** Von der Vorschrift darf nur in sog. atypischen Fällen abgewichen werden.



Lückenlose Dokumentation

Alle Prozessschritte sind *vollständig* in der Leistungsakte
und
den IT-Fachverfahren (A2LL und VerBIS) zu dokumentieren!

Hilfestellung bei der Dokumentation von Sanktionsfällen:

- ⇒ **Arbeitshilfe** „Eingabeprozess von Sanktionen im IT-Verfahren A2LL“
(Aufruf über Arbeitspaket Sanktionen > Paket 3 > Nr. 2)
- ⇒ **VerBIS-Praxishilfe** (Zugriff über Desktop, Intranet, VerBIS)